

Alleingang gegen Europa

Diese Woche besprachen in Berlin die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und Deutschland die Zukunft der EU. Andere Mitgliedsländer waren nicht eingeladen. Jedes Mitglied eines Skatvereins kann sich vorstellen, wie sich die anderen fühlen. Der Griff nach der Führungsrolle in der Europäischen Union ist demonstrativ. Die Bundesregierung setzt damit einen verhängnisvollen außenpolitischen Kurs fort. Schröder und Fischer wiederholen die historischen Fehler der deutschen Politik nach dem Abtritt Bis-

Marcos



ESPRESSO

marks: markige Worte, wechselnde Allianzen, Ignoranz gegenüber schwächeren Staaten.

Mit dem Treffen hilft der SPD-Kanzler nur Labour-Premier Tony Blair aus seinem innenpolitischen Dilemma in Folge der Irak-Politik. Deutschland zahlt für den Freundschaftsdienst des Kanzlers einen hohen Preis. Berlin verspielt erneut Vertrauen bei den anderen Partnern in der Europäischen Union.

Zwar ist dem Ruf des selbsternannten Direktoriums nach Wirtschaftsreformen zuzustimmen. Dass die Forderung von Deutschland und Frankreich kommt, muss den meisten Mitgliedsländern der EU wie Hohn vorkommen. Denn in Wahrheit sind es die kleinen Länder, die Reformen umsetzen. Bei Unternehmenssteuern zeigen Irland und Österreich, wo es lang geht. Beim Arbeitsmarkt - Dänemark und Holland.

Deutschland und Frankreich stehen hingegen nicht für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Nicht im eigenen Land und nicht in Brüssel. Paris und Berlin sind die Schutzmächte dafür, dass mit 45 Milliarden Euro jedes Jahr die Hälfte aller EU-Gelder in der Landwirtschaft vergraben wird.
Ciao, Marco

Untersuchungsausschuss eingesetzt

TEMPODROM - SPONSORED BY STRIEDER

Die Fakten sind erdrückend: Das Tempodrom sollte ursprünglich 16 Mio. Euro kosten. Am Ende wird das Tempodrom über 30 Mio. Euro verschlingen. Schon während der Bauphase des Kulturzeltes im Jahre 2001 übernimmt das Land eine Bürgschaft von über 10 Mio. Euro. Geschäftsführerin Irene Moessinger und Partner wird eine Bürgschaft von 1,8 Mio. Euro übertragen – obwohl in diesem Moment bereits bekannt ist, dass es bei ihr keine Sicherheiten gibt. Im Herbst 2001 schießt der rot-

grüne Senat gar eine Finanzspritze von 7 Mio. Euro zu, 1,8 Mio. Euro vom Land, der Rest u.a. aus Lottomitteln, um den Bau vor dem Ruinendasein zu bewahren. Und Ende 2002 schießt die Investitionsbank Berlin auf Geheiß von Peter Strieder noch einmal 1,74 Mio. Euro als Subvention nach, weil die Schulden dem neuen Kulturstandort die Luft abzuschneiden drohen. Diese Subvention beanstandet im Herbst 2003 auch der Landesrechnungshof als rechtswidrig. Die CDU-Fraktion erstattet daraufhin Strafanzeige gegen den verantwortlichen Senator, Peter Strieder. Die Staatsanwaltschaft nimmt kurz darauf die Ermittlungen auf. Seit Januar werden immer neue dubiose Sachverhalte rund um die Finanzierung und das Risikomanagement beim Tempodrom erkennbar. Außerdem wird bekannt, dass der ehemalige Bauunternehmer Roland Specker unmittelbar nach der Finanzspritze durch den rot-grünen Senat im Oktober 2001 an das Tempodrom die Wahlparty der SPD nach den Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober 2001 finanziert. Die Berliner SPD muss nach anfänglicher Bagatellisierung einräumen, die Spende nicht ordnungsgemäß im Rechenschaftsbericht dargestellt zu haben. Wir haben

deshalb jetzt den Tempodromskandal zu einem parlamentarischen Thema gemacht und gemeinsam mit der FDP einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. In einem halben Jahr wollen wir Ergebnisse präsentieren. Die wichtigste Frage: Warum wurde immer weiter Geld in das Tempodrom gepumpt, obwohl allen Beteiligten klar sein musste, dass dies ein Fass ohne Boden ist?
von Nicolas Zimmer,
CDU-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus



Ausschnitt aus der aktuellen Postkarte der CDU-Fraktion

„Sponsoring“?

Eigentlich ist alles ganz klar: Eine Einnahme ist jede von der Partei erlangte Geld- oder geldwerte Leistung. Darunter fällt auch die Freistellung von Kosten oder die Übernahme von Veranstaltungen. Alle Einnahmen müssen lückenlos im Rechenschaftsbericht der Partei verbucht werden. So sieht es das Parteiengesetz - offensichtlich aber nicht die Berliner SPD. Deren Verantwortliche versuchen derzeit die Öffentlichkeit zu täuschen und behaupten, die Wahlparty-Zuwendung des Bauunternehmers Specker sei "Sponsoring" gewesen, also etwas ganz anders. Tatsache ist, dass alle Spenden, geldwerten Zuwendungen oder Sponsorenleistungen als Einnahme verbucht werden müssen. Das hat die SPD aber offensichtlich nicht getan. Und das ist - egal ob Spende oder Sponsoring - illegal. Strieder und der gesamte SPD-Vorstand versuchen durch sprachliche Verschleierung die Zuwendung im Jahr 2001 zu vertuschen. Warum? (mw)

Der eb-Runner
Kult-Sportschuh "ebi-Runner", Restposten - Markenprodukt in den Größen 38 / 39,5 / 40,5 / 42 zum ehem. Preis von 50 € - jetzt **nur 15,- €**
anrufen-bestellen-abholen
Nur im Top-Verlag und solange der Vorrat reicht

RUNDSCHAU - RÄTSEL
Unter allen Einsendern mit dem richtigen Lösungswort verlosen wir: 150 persönliche Visitenkarten
RÄTSELGEWINNER JANUAR 2004
Ulrike Bartelt, 12099 Berlin
Herzlichen Glückwunsch!
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und Verlagsgesellschaft mbH (bpi)
Neue Grünstraße 26, 10179 Berlin

Laureat Nennend für (DUCBU)	Neben- stul- d. Donau	Tierart	pal- marische Götter		Evangi- CDU-Arti- kelen	inäftig	oriental- Göttheit		
					ist vor		6		
Abk. für Auswärtiges Amt			Abkürzung für Abkürzung			Doppel- vokal			
Ausmaß				Abk. für Herzog Berliner Rundschau	Internat. vö-Zi- Spanien	Flaggen- sp	2. Buch- stabe im Alphabet	Klage- gesang	
Ab-Kenn- Berliner		Abk. für althoch- deutsch	Haupt- stadt			13	7	2	
Wigand Bump, Parlament (CDU)	span- Kap		Fliegen- larve		Zeichen für Tante		ital. Ton- bezeichnung Lesen und Schweigen Union	Doppel- vokal	
							11		
Frauen- name			ausruhen					3	
ehem. CDU- Landes- in Berlin	Kitz- Varnitz, St. Damm- stadt		1		Kitz- Kennz. für Zoo	Bestische		5	12
						Abk. für: urden			Tonbe- zeich- nung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----